



**Geschäftsführung
Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Anregungen und Beschwerden**

Frau Möller

Telefon: (0221) 221-26144
Fax : (0221)
E-Mail: julia.moeller@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2021

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 7. Sitzung des Ausschusses
für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vom
06.12.2021**

öffentlich

**2.6 Mediationsverfahren Klimawende Köln - RheinEnergie AG
3762/2021**

Herr Derichswiler, Ausschussvorsitzender, ruft die Verwaltungsvorlage „Mediationsverfahren Klimawende - Rheinenergie“ auf und erläutert, dass im Vorfeld der Ausschusssitzung darum gebeten wurde, dass von der Verwaltung der Prozess des Mediationsverfahrens im Hinblick auf Bürgerbeteiligung erläutert wird. Leider konnte dies bis heute nicht erfolgen, weshalb die Fragen schriftlich zu Protokoll gegeben werden.

Herr Schöffmann, Grüne, hat mit Interesse wahrgenommen, dass hier ein Bürgerbegehren einer Bürgerinitiative frühzeitig in Abstimmung mit Verwaltung und Politik in ein Mediationsverfahren gemündet sei. Ihn würde die Methodik des Verfahrens im Hinblick auf die Entwicklung von Bürgerbeteiligung interessieren. Ist es ein methodisches Vorgehen, das übertragbar sei auf systematische Öffentlichkeitsbeteiligung und wäre es geeignet um die Kultur der Bürgerbeteiligung weiterzuentwickeln.

Herr Kockerbeck, Linke, findet die gestellten Fragen auch sehr interessant. Aber man müsse doch inhaltlich feststellen, dass die Ziele der Bürgerinitiative verändert wurden: das Jahr der Entkarbonisierung sei nach hinten verschoben worden und die Frage der Belieferung von mit Erdgas betriebenen Heizungen in der Stadt sei ungeklärt. Die Bürgerinnen und Bürger hätten nicht mehr die Möglichkeit diese Probleme zu diskutieren und sie seien auch nicht im Rahmen dieses Verfahrens informiert worden. Daher würde seine Fraktion nicht der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Frau Gabrysch, Klima Freunde, begrüßt, dass sich die Zivilgesellschaft formiert habe und ein Bürgerbegehren in die Wege geleitet habe. Sie sei aktiv beteiligt gewesen und wisse, welcher Aufwand das gewesen sei. Durch die Mediationsgespräche habe das Begehren der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar Gehör gefunden. Das

Bürgerbegehren war sicher nicht umsonst, aber das Ergebnis der Mediation sei ein Kompromisspapier. Es seien Schritte in die richtige Richtung, aber der Klimawandel kenne keinen Kompromiss und das Ergebnis reiche nicht für eine Veränderung. Außerdem sei hier das Instrument der Bürgerbeteiligung ausgehebelt worden, daher stimmen die Klima Freunde gegen die Verwaltungsvorlage. Für die Zukunft wünsche sie sich bei diesen Mediationsprozessen wesentlich mehr Transparenz für die Bevölkerung, damit sie auch weiterhin bei diesen Themen mitgenommen würden. Sie setzt auf die angekündigten Bürgerräte.

Frau Oedingen, SPD, fragt, ob die Abstimmung mit den Änderungen des Umweltausschusses vollzogen werden soll.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, bestätigt diese Vorgehensweise und lässt die Abstimmung mit den Änderungen des Umweltausschusses, die auch vom Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft angenommen wurden, abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerde macht sich den geänderten Beschluss des Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft zu Eigen und empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln

1. nimmt das Eckpunktepapier (Anlage 1) als Ergebnis des Mediationsverfahrens zwischen Bürgerinitiative Klimawende Köln und der RheinEnergie AG zur Kenntnis.
2. beauftragt die beteiligten städtischen Akteure, die im Eckpunktepapier festgehaltenen Maßnahmen gemäß Szenario 2 umzusetzen.
3. beauftragt die beteiligten städtischen Akteure zusätzlich zu Beschlusspunkt 2 eine Umsetzung der Maßnahmen gemäß Szenario 3 anzustreben. Daher beauftragt der Rat die beteiligten Akteure, auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, um Rahmenbedingungen gemäß Szenario 3 herbeizuführen.
4. Ausbau Solarenergie/Photovoltaik

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

- a) gemeinsam mit Akteuren aus der Stadtgesellschaft sowie dem Konzern Stadt Köln, mit einer breiten Informations- und Aktivierungskampagne auf den Ausbau der Nutzung der Solarenergie hinzuwirken (**Solar-Offensive**)
- b) die Nutzung und den **Ausbau der Solarenergie** auf und an vorhandenen und geplanten baulichen Anlagen prioritär voranzutreiben sowie den **Pacht- und Betreibervertrag** zwischen der Stadt Köln und der RheinEnergie AG über die Ausstattung von Bestandsgebäuden mit Photovoltaikanlagen in einem ersten Paket auf 105 Dachflächen umzusetzen (vorbehaltlich deren baulicher Eignung). Über den Stand der Umsetzung und den konkreten Zeit-Maßnahmen-Plan ist Ende des 1. Quartals 2022 zu berichten.
- c) **das Potential für Photovoltaik** auf städtischen Gebäuden außerhalb des Sondervermögens der Stadt Köln, auf dem Gebäudebestand des Konzerns

Stadt Köln sowie auf im Mietverhältnis durch die Stadtverwaltung genutzten Gebäuden zu ermitteln.

- d) **alternative Photovoltaik-Anwendungen** wie Solarfassaden oder Solarverglasungen an städtischen Gebäuden zu prüfen und wo möglich Pilotanwendungen zu testen. Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün wird nach Abschluss der Erprobungen über die Ergebnisse informiert.
- e) ab sofort wird die Stadt Köln bei der externen Anmietung von Gebäuden darauf hinwirken in den Mietverträgen eine Klausel zum Einsatz erneuerbarer Energien aufzunehmen, welche die Vermieter*innen auffordert, entsprechende Technik, insbesondere Photovoltaik – soweit im Bestand möglich – einzusetzen.
- f) die bereits avisierten **versiegelten Flächen daraufhin zu überprüfen, ob Photovoltaikanlagen** als – zusätzliche - Nutzung realisiert werden können. Neben den Flächen im Eigentum der Stadt Köln sollen auch die Flächen der städtischen Beteiligungsgesellschaften wie z.B. die Parkplätze mitbetrachtet werden.
- g) gemäß den Ausführungen zum Thema „**Floating Photovoltaik**“, mit Abgrabungsbetrieben, die geeignete Wasserflächen durch die Auskiesung erlangt haben, Gespräche zu führen und die Nutzung dieser Wasserflächen zu sondieren. Die fachlichen und rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von Floating-Anlagen sind zu berücksichtigen.
- h) zu überprüfen, ob Flächen an und entlang von Verkehrswegen (Autobahnen, Bahnlinien, etc.) für den Einsatz von PV-Anlagen genutzt werden können. Die Verwaltung soll hierzu Gespräche mit den Eigentümern (Autobahn GmbH, DB, etc.) führen und im zweiten Quartal 2022 eine Darstellung der Eignungsflächen im Stadtgebiet vorlegen.
- i) **beauftragt die Verwaltung, aktiv auf private Eigentümer*innen von Gebäuden innerhalb des Stadtgebiets zuzugehen und für eine stärkere Nutzung von PV zu werben. Fokus dieser aktiven Ansprache sollen zunächst große Immobilieneigentümer*innen wie z.B. das Erzbistum, Industrieunternehmen und die Wohnungswirtschaft sein.**
- j) **Es soll geprüft werden, ob eine Neuausrichtung der Bewertung Denkmalschutz in Richtung Klimaschutz möglich ist. Das Ergebnis wird den Ratsgremien zur Entscheidung vorgelegt.**

5. Förderprogramm

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

- a) das bisherige Altbausanierungsprogramm an die geänderten Bundesförderbedingungen anzupassen und in ein „**Investitionsprogramm Klimaschutz**“ zu überführen. Für dieses Programm sind Förderschwerpunkte zu entwickeln und ab 2022 umzusetzen. Die Nutzung des Förderprogramms ist durch zielgruppenadäquate Kommunikationskampagne(n) zu bewerben.
- b) die Wirkung des Investitionsprogramms sowie der gewählten Förderschwerpunkte regelmäßig zu evaluieren, zu justieren und der Politik zu berichten.
- c) die neue Förderrichtlinie der Politik im 1. Quartal 2022 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

6. Windenergie

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

die Aufhebung der **Konzentrationszone für Windenergieanlagen** zur Entscheidung durch den Rat vorzubereiten. Hierfür ist die Datenlage über die räumlichen Auswirkungen einer ersatzlosen Aufhebung der bestehenden Konzentrationszone für Windenergieanlagen zu klären, um im 2. Quartal 2022 eine Darstellung der voraussichtlichen Eignungsflächen im Stadtgebiet vorzulegen.

Parallel dazu wird die Verwaltung die interkommunale Zusammenarbeit vorantreiben, um eine regionale Planung für die Nutzung von Windenergie aufzustellen.

7. Bau- und Energieleitlinien für Nicht-städtischen Neubau und städtisch genutzten Gebäudebestand

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

a) mit der prioritären Umsetzung der Maßnahme 2.2 „Leitlinie für Klimaschutz bei Konversion und Neubau“ aus dem Maßnahmenprogramm „KölnKlimaAktiv2022.

b) als erstes Modul der Leitlinie Vorhabenträger*innen verbindliche Vorgaben zu machen, die auf einen baulichen Standard hinwirken, der geeignet ist Klimaneutralität 2035 herbeizuführen, d.h. vergleichbar mit Passivhaus-Standard oder Plus-Energie-Gebäude; eine Energieversorgung für den Restwärme- und Warmwasserbedarf aus regenerativen Quellen und effizienter Energieversorgungstechnik vorsehen; eine Pflicht zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf Neubauten beinhalten. **Dabei wird in Absprache mit dem Wohnungsbauforum geprüft, wie eine solche Pflicht mittels entsprechender Vorgaben in Bebauungsplänen für Neubauten von Wohn- und Nichtwohngebäuden, Dacherneuerungen umgesetzt werden kann. Einzelheiten der Regelung und begleitenden Informationen sowie Beratungsmöglichkeiten für Bauherr*innen fließen in die Leitlinie ein.**

Bei der Erstellung der Leitlinie werden mögliche Auswirkungen auf die Ziele des Wohnungsbaus - wie z.B. im Stek Wohnen formuliert - dargestellt.

c) das erste Modul der Leitlinie der Politik im 1. Quartal 2022 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

d) ab sofort bei der externen Anmietung weiterer Gebäude in den Mietverträgen eine Klausel aufnehmen, die Bezug zur Anwendung der **Energieleitlinien** enthält, um die Vermieter*innen aufzufordern, entsprechende Technik – soweit im Bestand möglich – einzusetzen.

e) die Wirkung beider Leitlinien ist zu evaluieren.

8. Geothermie

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

a) die Gesamtheit der Geothermiepotentiale auf dem Stadtgebiet zu erheben.

b) eine in die geplante und weiterentwickelte Beratungsstruktur für klimabezogene Förderprogramme, auch die Umrüstung auf Geothermie-Anlagen zu integrieren und auf weitere Vorhaben von Geothermie-Anlagen (z.B. bei Neubaugebieten) auszudehnen.

9. Monitoring

Der Rat beauftragt die Verwaltung, über den Stand der Umsetzung -erstmals im Sommer 2022- anschließend regelmäßig zu berichten und die Bürgerinitiative Klimawende Köln mindestens halbjährlich zu informieren. **Die Berichterstattung greift die gemäß AN/1377/2021 "Verankerung des Ziels der gesamtstädtischen Klimaneutralität in Köln bis 2035" entwickelten Indikatoren zur Überprüfung auf und nutzt diese für ein konsistentes Controlling.**

- 10. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Gespräche mit der IHK und insbesondere der Handwerkskammer aufzunehmen und zu thematisieren, welche konkreten Maßnahmen getroffen werden können, um Ausbildungsberufe mit Bezug PV Installation, Sanierung und klimagerechte Wärmeversorgung zu stärken. Über den Fortgang der Gespräche ist im AKUG und im Wirtschaftsausschuss halbjährlich zu berichten.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, bei Enthaltung der Linken, angenommen.

